



# Webels Woche

Ausgabe 92 / 14.9.2018

## Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind tief bewegt vom Tod eines jungen Kötheners, der nach einer Auseinandersetzung mit Asylbewerbern verstorben ist. Die genauen Umstände, die zu seinem Tod geführt haben, sind ungeklärt. Die Ermittlungen der Behörden haben jedoch inzwischen eindeutig ergeben, dass er einen Herzinfarkt erlitten hat. Spekulationen über einen angeblichen „Mord“ sind ohne Substanz. Und wir müssen auch klar festhalten: Wer den Ermittlern Manipulation vorwirft oder Zweifel an den Ermittlungsergebnissen sät, trägt nicht zur Aufklärung bei, sondern betreibt schamlose Stimmungsmache.

Deutschland erlebt derzeit eine Spaltung der Gesellschaft. Auch bei diesem tragischen Ereignis sind wieder zwei unterschiedliche Lager deutlich geworden: auf der einen Seite stehen die, die trauern und Anteilnahme zeigen. Das ist die Mitte unserer Gesellschaft. Auf der anderen Seite stehen Kräfte, die dieses Ereignis politisch instrumentalisieren und unsere Gesellschaft weiter spalten wollen. Das sind Kräfte, die in den Parlamenten, aber vor allem auf der Straße unser politisches System angreifen. Der rechte Rand mobilisiert immer offener und die Grenzen zwischen Radikalen und gemäßigten Kräften lösen sich auf. Der „Trauermarsch“ von Rechtsextremisten durch Halle war nichts anderes als eine Hetzveranstaltung. Und wenn in Köthen ein vorbestrafter Neonazi vom „Rassenkrieg gegen das deutsche Volk“ redet, dann ist das Volksverhetzung und durch nichts zu entschuldigend. Wer solchen Kräften eine Bühne bietet oder sie als „Wutbürger“ verharmlost, verlässt den demokratischen Konsens.

Die Verunsicherung in unserem Land ist mit Händen zu greifen. Und genau deshalb ziehen wir als Union die Grenze zwischen besorgten Bürgern und Rechtsradikalen sehr klar. Niemand kann die allgemeine Sorge vor einem Anstieg der Kriminalität oder die wachsende Unzufriedenheit über kriminelle und gewaltbereite Asylbewerber oder ausreisepflichtige Migranten ignorieren.

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erwartet gerade in diesen Zeiten einen starken Staat, der nicht wegschaut oder rechtsfreie Räume zulässt. Sie erwarten einen Staat, der Kriminelle mit aller Härte des Gesetzes verfolgt und die öffentliche Ordnung garantiert. Dazu gehört, dass Menschen ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen können. Hetze und Gewalt müssen jedoch strafrechtlich verfolgt werden. Und genau das haben die Behörden in Köthen und Halle mit großer Besonnenheit getan. Diese Präsenz des Rechtsstaats ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erwartet aber auch, dass sich der Rechtsstaat nicht auf der Nase herumtanzen lässt. Kriminelle oder gewaltbereite Asylbewerber müssen zügig abgeschoben werden – das fordern wir bereits seit langem. Dafür müssen bestehende Abschiebehindernisse schnellstmöglich beseitigt werden. Das ist, weil auch hier nach rechtsstaatlichen Kriterien entschieden werden muss, oft mühselig. Aber es ist gerade deshalb nicht akzeptabel, dass Abschiebungen aus fadenscheinigen Gründen verhindert werden. Und deshalb erwarte ich, dass die rot-grün regierten Länder ihre Blockadehaltung aufgeben und der Bundesrat am kommenden Freitag die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer endlich beschließen kann. Diese Entscheidung ist überfällig und notwendig. Auch die Grünen als Teil der Koalition in Sachsen-Anhalt müssen hier Farbe bekennen. Es gibt keine vernünftige Begründung, warum die Maghreb-Staaten nicht als sichere Herkunftsländer eingestuft werden sollten. Auch hier gilt: Toleranz darf den Rechtsstaat nicht aushebeln, denn dann leidet die Migrations- und Integrationspolitik insgesamt.

Herzliche Grüße

Ihr  
  
Thomas Webel  
Landesvorsitzender